

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Juni 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

B 21 A Jahresbericht 2023 - Teil I: Geschäftsbericht (B 21a) / Teil II: Jahresrechnung (B 21b) - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2023 / Finanzdepartement

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Die PFK startete die Behandlung des Jahresberichtes mit einer Vorinformation an die Leader der Fraktionen der PFK am 12. März 2024 und einer Vorinformation an der Sitzung vom 27. März 2024. In der Folge konnten sich die Fraktionen auf die Beratung der Botschaft B 21 vorbereiten. An zwei Tagen, am 24. und am 27. Mai 2024, wurde die Vorlage in der Kommission beraten. Der Jahresbericht schliesst aus Sicht der PFK erfreulich ab. Alle Fraktionen heissen das Ergebnis gut und schätzen die finanzielle Situation des Kantons als gut ein. Die Gründe wurden bei einer Mehrheit der Fraktionen wie letztes Jahr bei der Steuerstrategie und bei einer Minderheit bei der guten volkswirtschaftlichen Lage geortet. Das Ausgleichskonto konnte wieder geäufnet werden. Die Priorisierung der Aufgaben und die Ausgabendisziplin waren ebenfalls einer Mehrheit ein Anliegen. Mehrmals wurden die nicht getätigten Investitionen im Bereich Naturgefahren und Strassen bemängelt. Die vielen Einsprachen werden bedauert, und der fehlende Fachkräftemangel bei Bauprojekten wird kritisch zur Kenntnis genommen. Bei der Suche nach Fachkräften wurden grosse Anstrengungen unternommen. Diese bewirkten auch Erfolge. Die erhöhten Massnahmen lösen Mehrkosten aus, die wir in Zukunft sehen werden. In einzelnen Dienststellen bestehen immer noch angespannte Verhältnisse. Im Bildungs- und Kulturdepartement wurden die Nachtragskredite nicht ausgeschöpft, was zu Fragen führte. Die Kredite wurden für die höheren Energiekosten verlangt, aber die Erhöhung traf nicht wie erwartet ein. Ebenfalls würdigten die Fraktionen die Ausgabendisziplin der Departemente, welche zum positiven Resultat wesentlich beigetragen hat. Das Eintreten auf die Vorlage war über alle Fraktionen hinweg unbestritten. Die einzelnen Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher, die Vertreter der Gerichte, der Luzerner Psychiatrie (Lups) und des Luzerner Kantonsspitals (LUKS) wurden am 24. und am 27. Mai 2024 zu Hearings eingeladen und die Fraktionen konnten entsprechende Fragen stellen, die von den den Departementen vorstehenden Regierungsrätinnen und Regierungsräten sowie von Fachpersonen aus den jeweiligen Departementen ausführlich und kompetent beantwortet wurden. Im Folgenden berichte ich über einige Schwerpunkte der einzelnen Departemente oder Gerichte. Das grosse Thema der Gerichte ist die verstärkte Einführung der Digitalisierung. Die veränderten Prozesse werden die Kultur der Arbeitsweise verändern, was herausfordernd ist. Die

Pendenzen steigen, nicht nur infolge der Digitalisierung. Zur Staatskanzlei: Ein Schwergewichtsthema der Staatskanzlei ist die Neuorganisation für zwei Standorte nach Bezug des Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz. Zum Datenschutz: Der Datenschutzbeauftragte ist erstmals vor der Kommission aufgetreten. Die Anfragen nehmen stark zu, weshalb die Begleitung von Projekten stark priorisiert werden musste. Zum Gesundheitsdepartement: Die Besprechung bestand zu einem grossen Teil aus der Darlegung der Finanzierung des Asyl- und Flüchtlingswesens. Trotz Mengenausweitung stiegen die Nettokosten nicht, und die Kosten pro Person waren stabil. Zum Justiz- und Sicherheitsdepartement: Die Rekrutierung bei der Polizei ist erfreulich auf Kurs. Der Nachtragskredit für Kostgelder bei Haftplätzen reichte nicht. Die Verdoppelung des Bedarfs an Haftplätzen in der zweiten Jahreshälfte überraschte auch das Departement und hat zu dieser Überschreitung geführt. Zum Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement: Das Schwerpunktthema in der Kommission waren die Aufwände für den Strassenbau. Der umzusetzende Projektumfang wurde erhöht. In der Folge gehen die Mittel im Fonds der zweckgebundenen Mittel für die Strassen zurück. Ab 2026 wird er negativ sein. Der Regierungsrat hat reagiert. Er reduziert die zur Verfügung stehenden Mittel und erwartet, dass der Fonds ab 2029 wieder ausgeglichen sein wird. Zum Bildungs- und Kulturdepartement: Die Zahl der Lernenden auf Stufe Primarschule steigt, ebenso die Zahl der Studierenden an der Hochschule. Zur Beteiligungsstrategie: Bei der Beteiligungsstrategie war die Zukunft des LUKS im Hinblick auf die Herausforderungen im Gesundheitswesen ein Thema. Zudem wurde auch die Umsetzung der Bemerkungen in der ergänzten Beteiligungsstrategie 2023 betreffend die Einsitznahme von Kantonsvertreterinnen und -vertretern in den Leitungsorganen diskutiert. Von diversen Anträgen, Vorstösse noch nicht abzuschreiben, empfiehlt die Kommission, vier nicht abzuschreiben. Wir bitten Sie, diesen Anträgen zu folgen. Ich komme bei der Behandlung sofern nötig auf die einzelnen Anträge zurück. Ich bitte Sie darum, Anträge auf Nichtabschreibung, soweit dies möglich ist, zuerst in den Fachkommissionen einzubringen. Diese sind kompetenter, was die Details angeht, und die Nichtabschreibung hat in der Folge unter Umständen eine grössere Chance in der PFK. Am Vormittag des 24. Mai 2024 wurde die PFK durch die Präsidentin der Finanzkontrolle (Fiko), Karin Fein, über die Kontrollen informiert. Die Kommissionsmitglieder erhielten kompetente Antworten zu diversen Fragen. Auch ihr und ihrem Team gilt ein Dank für ihre Arbeit und die konstruktive Zusammenarbeit mit der Kommission. Die PFK setzte zuhanden der Leiterin der Finanzkontrolle Schwerpunkte, die bei den Prüfungen für den nächsten Tätigkeitsbericht 2024 besonders kontrolliert werden müssen. Die PFK hat folgende Beschlüsse gefasst: Sie empfiehlt einstimmig, den Jahresbericht zu genehmigen. Weiter empfiehlt die PFK mit 15 Stimmen bei 1 Enthaltung auf die Abschreibung der Postulate P 409, P 556, P 558 sowie P 721 zu verzichten. Ebenfalls mit 15 Stimmen bei 1 Enthaltung empfiehlt die PFK, dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Berichtes über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie zuzustimmen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Daniel Piazza.

Daniel Piazza: Die Mitte-Fraktion nimmt mit Freude vom positiven Jahresabschluss 2023 des Kantons Luzern Kenntnis. Dies ist bereits der sechste positive Abschluss in Folge. Selbst die mit 160 Millionen Franken für 2023 noch budgetierte und gänzlich weggefallene SNB-Ausschüttung konnte mehr als kompensiert werden. Darüber hinaus wurden die Budgetvorgaben von allen Departementen eingehalten. Letztlich waren es aber ganz besonders ausgeprägt die Steuereinnahmen von natürlichen und insbesondere von juristischen Personen, welche auch im Jahr 2023 erneut übertroffen wurden; das ist erfreulich. Bei den natürlichen Personen wurde eine Verbesserung gegenüber dem Budget von rund

7 Millionen Franken, bei den juristischen Personen von rund 142 Millionen Franken und bei der direkten Bundessteuer von rund 60 Millionen Franken erzielt. Auch alle weiteren Steuereinnahmekategorien schlossen über dem Budget ab. Der Ertragsüberschuss in der Jahresrechnung 2023 betrug total rund 146 Millionen Franken. Damit bestätigt sich der Trend der letzten Jahre mit steigenden Steuereinnahmen von natürlichen und auch juristischen Personen. Diese beruhen bei einem bedeutenden Teil nicht auf Einmaleffekten, sondern sie sind nachhaltig. Die Mitte-Fraktion erachtet diese Entwicklungen als Früchte der gemeinsamen bürgerlichen Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre, welche die Mitte massgebend mitbestimmt hat. So waren zum Beispiel auch die von den Bürgerlichen der Mitte, der FDP und der SVP eingebrachte direkte Steuersenkung um eine Zehntelseinheit per 2022 oder auch eine wohl austarierte Steuergesetzrevision möglich. Seit 2018 konnte der Kanton Luzern zudem auch die Nettoinvestitionen nachhaltig mehr als verdoppeln und die betrieblichen Leistungen der Kantonsverwaltung von 2,7 Milliarden Franken um jährlich 800 Millionen Franken per 2023 auf 3,5 Milliarden Franken steigern. Der Kanton Luzern erbrachte somit im Jahr 2023 rund einen Dritteln mehr Leistungen als fünf Jahre zuvor. Das zeigt in der Gesamtschau eindrücklich auf, dass die Wirtschaft und die Bevölkerung in Luzern von der bürgerlichen Finanz- und Steuerpolitik profitiert, und zwar nicht nur bezüglich der Steuer- und Abgabenlast, sondern auch bezüglich der vom Kanton erbrachten Leistungen. Richten wir den Blick fokussiert auf die Investitionen im Jahr 2023, dürfen wir feststellen, dass diese bereits zum dritten Mal in Folge gesteigert werden konnten. Selbst ohne Berücksichtigung der Beteiligung des Kantons Luzern an der Aktienkapitalerhöhung der Luzerner Kantonalbank (LUKB) im Umfang von rund 300 Millionen Franken betrugen die Nettoinvestitionen im Jahr 2023 rund 200 Millionen Franken. Das ist der höchste Wert der letzten 20 Jahre und vielleicht sogar in der Geschichte des Kantons Luzern. Wir erlauben uns, an dieser Stelle nach den Ausführungen zum rundum erfreulichen Jahresabschluss 2023 den Blick kurz in die Zukunft zu richten: Erstens zu den Investitionen: Besonderes Augenmerk legen wir mit Blick in die Zukunft auf die Investitionen im Bereich der Naturgefahren und des Strassenbaus. Es ist uns ein zentrales Anliegen, Verzögerungen zu verhindern und die Finanzierung geplanter Vorhaben zu sichern. Insbesondere vom Kantonsrat oder vom Stimmvolk gutgeheissene Investitionsprojekte dürfen mit Blick auf den nächsten Aufgaben- und Finanzplan (AFP) nicht aus finanziellen Gründen verzögert oder verschoben werden. Öffentliche Investitionen sind ein wesentlicher Bestandteil einer ausgewogenen und nachhaltigen Finanzstrategie und wichtig für den umfassenden Erhalt der Attraktivität aller Regionen des Kantons Luzern. Zweitens zur Erfolgsrechnung: Die Mitte-Fraktion wird weiterhin alles daran setzen, dass der Kanton Luzern auf dem finanzpolitischen Weg der Tugend bleibt. Kritisch beurteilen wir das hohe Ausgabenwachstum sowie den Personalanstieg. Die grössten Fehler macht man bekanntlich dann, wenn es einem gut geht. Darum muss unsere Devise «Mass halten» heissen. Der von uns vorgeschlagene Weg zur Umsetzung dieser Devise heisst priorisieren. Die nachhaltige, konstant positive Entwicklung der Steuereinnahmen wird auch in Zukunft wichtig bleiben, damit sich auch in den nächsten Jahren die erforderlichen und sich durch die Priorisierung ergebenden Ausgaben sowie die Einnahmen mindestens die Waage halten. Die Erfolgsrechnung muss in der Summe über die AFP-Planperiode 2025–2028 mindestens ausgeglichen sein, und zwar nicht so wie im letzten AFP, wo die ersten drei von vier Planjahren Verluste zeigten und in der Summe trotz guten Erwartungen bezüglich der Einnahmenentwicklung einen Aufwandüberschuss aufwiesen. Giesskannen und Geld für Ausgaben auf Vorrat werden wir weiterhin nicht unterstützen. Die Ausgabendisziplin und dabei die Priorisierung sind zu jeder Zeit wichtig, in den nächsten Jahren aber ganz besonders wichtig. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass der Kanton Luzern

die zukünftigen, bereits jetzt absehbaren Herausforderungen – denken wir an den hohen Kostendruck in den Bereichen Soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung – finanziell aus der Position der Stärke angehen kann. Zudem stabilisiert sie die Ausgangslage auch für künftige, nicht auszuschliessende unvorhersehbare Ereignisse, zum Beispiel durch geopolitische Entwicklungen ausgelöst. Zu guter Letzt und damit drittens zur Priorisierung und wie wir sie verstehen: Unser Ziel ist und bleibt es, das in den letzten Jahren stark angestiegene Kostenwachstum wieder in den Griff zu bekommen. Wir konnten uns das in den letzten Jahren nur dank dem markanten Einnahmenanstieg leisten. Aber dieser Anstieg beziehungsweise die Einnahmen als solches können sich auch wieder einmal reduzieren. Das können wir nicht ausschliessen. Für diesen Fall müssen wir uns einen Spielraum erhalten, um künftig Sparpakete zu vermeiden. Dies schaffen wir, wenn wir nicht alle erwarteten Einnahmen bereits im Voraus ausgabenseitig immer direkt schon wieder verplanen. Darum sollen aus unserer Sicht zusätzliche – ich betone: gegenüber dem letzten AFP 2024–2027 zusätzliche – Einnahmen, die also im letzten AFP noch nicht absehbaren und eingeplanten Einnahmen, nicht wie in den vergangenen Jahren vollständig als Ausgaben im AFP 2025–2028 verplant werden. Mögliche zusätzliche Einnahmen sollen stattdessen in der nächsten AFP-Planperiode 2025–2028 den Raum für die Umsetzung von bereits vom Kantonsrat oder vom Stimmvolk beschlossenen Investitionsprojekten schaffen sowie zudem auch Raum für eine Reduktion der Steuer- und Abgabenlast enthalten. Wir sind überzeugt, dass es wichtig bleibt, dass die Belastung der privaten Haushalte und Unternehmen – bei einem massvollen Ausgabenwachstum, das der Kanton für seine nachhaltig gute und wichtige Entwicklung eben auch braucht – mit Steuern und Abgaben so tief wie möglich gehalten werden kann. Vor diesem Hintergrund ist es für uns ein wichtiges Anliegen, dass die für natürliche und juristische Personen wohl austarierte Steuergesetzreform, über die das Luzerner Stimmvolk am 22. September dieses Jahres abstimmt, eine Mehrheit findet und umgesetzt werden kann. Wir treten auf die Vorlage ein und werden den Jahresbericht und den Bericht zur Umsetzung der Beteiligungsstrategie genehmigen. Die beantragten vier Nichtabschreibungsanträge von Vorstössen, wie sie aus der PFK hervorgegangen sind, unterstützen wir ebenfalls.

Für die SVP-Fraktion spricht Roland Küng.

Roland Küng: Die SVP-Fraktion nimmt mit Freude Kenntnis vom positiven Jahresabschluss 2023 im Kanton Luzern. Wir sind erfreut über den Ertragsüberschuss von über 146 Millionen Franken für das Jahr 2023. Dieses Resultat bestätigt die erfolgreiche Finanz- und Steuerstrategie unseres Kantons, welche von der SVP-Fraktion mitgetragen wurde und auch in Zukunft mitgetragen wird. Damit bestätigt sich der Trend der letzten Jahre mit den stetig steigenden Steuereinnahmen von natürlichen und auch juristischen Personen. Diese beruhen auf einem schönen Teil nicht auf Einmaleffekten, sondern sind nachhaltig. Auf der Ausgabenseite bestand zudem eine gute Ausgabendisziplin. Dafür bedanken wir uns bei den Mitarbeitern der Verwaltung und der Luzerner Regierung. Ein Jahresbericht ist ein Rückblick, der aufzeigt, wo welche Ressourcen eingesetzt wurden, er zeigt aber gleichzeitig auch die Perspektiven für die Zukunft. Der Kanton hat in den letzten Jahren viele Schulden abbauen können und heute ein Nettovermögen von fast 300 Millionen Franken. Die Schuldenbremse wird in der aktuellen AFP-Periode zwar eingehalten, aber das Nettovermögen wird ab 2025 aufgrund der geplanten Verluste und der stark erhöhten Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren wohl wieder sinken. Ein zukünftiger Leistungsausbau muss daher unbedingt finanziert sein, aber noch lieber eingedämmt werden, und die Investitionsvorhaben müssen konsequent priorisiert werden. Nur so können weitere Jahresverluste vermieden und die Schuldenbremse bezüglich Nettoschulden langfristig eingehalten werden. Hierzu darf die Regierung auf die Unterstützung der SVP-Fraktion zählen. Ebenfalls fordern wir, die

Diskussion einer Steuersenkung von 1,6 auf 1,5 Einheiten konsequent weiterzuverfolgen, dies klar mit dem Fokus, Mehreinnahmen nicht sofort wieder auszugeben, sondern den stetigen Leistungsausbau wie vorab erwähnt einzudämmen. Die von uns geforderte Priorisierung der bereits gesprochenen Investitionen für die verschiedenen Infrastrukturprojekte hoffen wir auch im AFP 2025–2028 abgebildet zu sehen. Einen wichtigen Schritt sieht die SVP-Fraktion in der schnellen Verabschiedung der aufgegleisten Steuergesetzrevision und in den Reformen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) und der Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR18). Die anstehenden Reformen des FAG und die AFR sollen ausgewogen sein und nicht nur zum Nachteil der Gemeinden im Kanton Luzern. Auch in den nächsten Jahren dürfte ein Teil der Steuereinnahmen höher ausfallen, denn die Steuerstrategie wird, wie bereits erwähnt, nachhaltig sein. Die nachhaltige, konstant positive Entwicklung der Steuereinnahmen benötigt der Kanton Luzern unbedingt, damit sich auch in den nächsten Jahren Ausgaben und Einnahmen die Waage halten. Es dürfte allgemein bekannt sein, dass die SVP-Fraktion Ausgaben mit der Giesskanne oder Ausgaben auf Vorrat nicht unterstützen wird, dies im Sinn einer nachhaltigen Finanzpolitik für die nächste Generation. Das Wort Priorisierung wird durch die hohen geplanten und auch nötigen Investitionen ebenfalls noch mehr Gewicht erhalten. Den Anträgen der Kommission Verkehr und Bau (VBK) und der Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) auf Nichtabschreibung der Vorstösse wird die SVP-Fraktion folgen. Bei den restlichen Vorstössen folgen wir der Regierung. Wir treten auf die Vorlage ein und werden den Jahresbericht und den Bericht zur Umsetzung der Beteiligungsstrategie genehmigen.

Für die FDP-Fraktion spricht Heidi Scherer.

Heidi Scherer: Eine erfreuliche Jahresrechnung 2023 des Kanton Luzern liegt vor. Mit Genugtuung nimmt die FDP-Fraktion die Vorlage zur Kenntnis und tritt auf sie ein. Das beachtliche Jahresergebnis mit einem Überschuss von 146,2 Millionen Franken liegt erneut deutlich über dem Budget. Diese positive Bestätigung der eingeschlagenen Finanz- und Steuerstrategie ist die sechste in Folge. Besonders erfreulich ist die Entwicklung der Steuererträge von juristischen Personen. Damit diese Erträge nachhaltig bleiben, muss der Kanton Luzern dafür sorgen, dass die Standortattraktivität erhalten bleibt bzw. ausgebaut wird. Der Ausfall der SNB-Gelder konnte erfreulicherweise überkompensiert werden. Sollte die SNB in absehbarer Zeit wieder Ausschüttungen an die Kantone tätigen, ist zu wünschen, dass diese Gelder nicht bereits verplant werden. Wie ein roter Faden zieht sich das schwierige Umfeld der Personalbeschaffung durch die Hauptaufgaben. Einiges konnte mangels Fachkräften nicht realisiert werden. Das ist gut für das Budget, aber schlecht für die Pendenzen- und Projektbearbeitung. Deshalb ist die Priorisierung der Aufgaben oberstes Gebot. Vielleicht kann man sich einmal die Frage stellen, ob es Aufgaben oder Tätigkeiten gibt, deren Notwendigkeit infrage gestellt werden können. Vielleicht gibt es alte Zöpfe, die einfach abgeschnitten werden können. Wir gehen zudem davon aus, dass die eingeleiteten Attraktivierungsmassnahmen im Personalbereich gegriffen haben und noch greifen werden. Die Ansprüche an den Staat bezüglich Unterstützung und Förderbeiträgen steigen. Damit müssen wir vorsichtig umgehen. Wir wehren uns gegen das Giesskannenprinzip und setzen uns für staatliche Unterstützungen dort ein, wo sie wirklich nötig sind. Ein «Nice to have» lehnen wir ab. Zudem ist es in der Gesamtsicht des Kantons begrenzt zielführend, wenn langfristig gebundene Ausgaben geschaffen werden, die primär auf regionalpolitischen Überlegungen anstatt auf sachlichen und der Effektivität dienenden Gründen basieren. Sorgen bereiten uns die stets wachsenden Ausgaben in den Bereichen Bildung, soziale Sicherheit und Gesundheit, einhergehend mit dem entsprechenden Personalausbau. Die Kosten wachsen wohl schneller als die Bevölkerung. Eine stetige kritische Beurteilung der

Kostenentwicklung und eine Prüfung möglicher Massnahmen zur Disziplinierung des Kostenwachstums müssen eine Daueraufgabe sein. Insgesamt wird das Leben wohl nicht einfacher, sondern komplexer. Das ist auch bei den Bewilligungsprozessen und weiteren Gebieten feststellbar. So wird in verschiedenen Bereichen erwähnt, dass die Komplexität der Baugesuche zunimmt beziehungsweise zu längeren Durchlaufzeiten führt. Die FDP-Fraktion geht klar davon aus, dass die aufgrund der von bürgerlicher Seite eingereichten und im Rat verabschiedeten diversen Vorstöße zu den Baubewilligungsprozessen zu einer merklichen Verbesserung bei den Verfahren führen. Zu generell effizienteren Verfahren soll auch die zunehmende Digitalisierung beitragen, die wir sehr offen gegenüberstehen. Die sehr erfreuliche Entwicklung der Steuererträge, vor allem bei juristischen Personen, nimmt die FDP-Fraktion mit grosser Sympathie zur Kenntnis. Die ordentlichen Steuererträge bei den natürlichen Personen liegen unter dem Budget, die Nachträge helfen. Bei den juristischen Personen liegen die ordentlichen Steuern mit den zu erwartenden Nachträgen von 80 Millionen Franken über dem Budget. Bemerkenswert ist, dass bei den Bundessteuern zwei Drittel durch juristische Personen und ein Drittel durch natürliche Personen bezahlt wird, und dies, obwohl rund 40 Prozent der juristischen Personen die Minimalsteuer bezahlen. Mit der OECD-Mindestbesteuerung für grosse Unternehmen wird sich die Ausgangslage unter den Kantonen verändern. Dabei dürfte die Standortattraktivität für natürliche Personen noch wichtiger werden. Deshalb müssen wir Sorge tragen zu den guten Steuerzahlenden, gerade auch bei den natürlichen Personen. Daneben spielen auch wettbewerbsfähige Vermögenssteuern eine Rolle. Hier hat der Kanton Aufholpotenzial. Die Steuergesetzrevision, über die wir im September abstimmen, verbessert die Situation für natürliche und juristische Personen. Das ist sehr wichtig, damit der Kanton Luzern als Standort attraktiv bleibt. Es ist bedauerlich genug, dass der Kanton Luzern beim kantonalen Wettbewerbsindikator Ränge verloren hat und auf den 10. Rang gefallen ist. Aus verschiedenen Gründen konnten nicht alle geplanten Investitionen getätigt werden. Wichtig sind hier die Priorisierung und die Machbarkeit. Da steht eine Hausaufgabe an. Jahrelange Verzögerungen aufgrund von Einsprachen sind schwierig und bremsen ein effizientes Vorwärtskommen. Hier sind Optimierungen anzustreben, welche das Gesamtinteresse über die nur teilweise nachvollziehbaren Partikularinteressen stellt. Handlungsbedarf sehen wir bezüglich Mobilität/Verkehr sowie bei den Naturgefahren. Die Ertragsentwicklung im Kanton ist erfreulich. Hingegen stehen grosse Investitionen in Grossprojekte an. Die höheren Investitionen im letzten Jahr, zum Beispiel die Aktienkapitalerhöhung der LUKB, führten zu einem tieferen Nettovermögen. Durch Priorisierungen muss unbedingt vermieden werden, dass der Kanton in Nettoschuldenfallen tappt. Deshalb ist es sowohl für den Voranschlag wie auch den AFP wichtig, dass der Kanton nicht neue, dauernde und nicht zwingende finanzielle Verpflichtungen eingeht. Wie gesagt ist ein «Nice to have» zu vermeiden. Die FDP-Fraktion dankt der ganzen Verwaltung für die insgesamt gute Budgetdisziplin. Beim Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie scheint uns, dass die Bemerkung betreffend die angemessene Vertretung beider Geschlechter auf den obersten Leitungsebenen, die im Januar 2023 vom Kantonsrat genehmigt und überwiesen wurde, noch zu wenig Beachtung findet. Hier wird eine klare Verbesserung und eine höhere Transparenz erwartet. Des Weiteren erachtet es die FDP-Fraktion als wichtig, dass bei ausgelagerten Einheiten sowie massgeblichen Beteiligungen die Steuerungs-, Lenkungs-, Kontroll- und Aufsichtsfunktionen sowie die Transparenz konsequent und im Interesse von Effektivität und Effizienz wahrgenommen werden. Die FDP-Fraktion tritt wie eingangs erwähnt auf die Botschaft ein und wird den Jahresbericht 2023 genehmigen. Dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2023 stimmen wir einstimmig zu, ebenso dem

Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten. Den Anträgen der PFK stimmen wir zu. Dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Berichtes über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie stimmen wir bei 1 Enthaltung ebenfalls einstimmig zu.

Für die SP-Fraktion spricht Priska Fleischlin.

Priska Fleischlin: Die Erfolgsrechnung 2023 des Kantons Luzern schliesst wie gehört positiv ab. Weiter zeigt es sich, dass die Investitionsfähigkeit des Kantons hoch bleibt. Die Schuldenbremse wurde sehr gut eingehalten. Man kann sich nun auf die Schultern klopfen und gegenseitig gratulieren und die Betonung auf die juristischen Personen setzen – wir haben es gehört. Ein Grossteil des Steuerertrags wird jedoch mit 64,2 Prozent durch die natürlichen Personen geleistet. Aber der Kanton hat auch ein gutes Ergebnis, weil diese natürlichen Personen weniger Leistungen erhalten haben, als es in anderen Kanton üblich ist. Weiter haben aufgeschobene Projekte und nicht besetzte Stellen zum positiven Abschluss geführt. Bei aufgeschobenen Projekten denken wir zum Beispiel an die Verzögerung bei der Kita-Initiative oder an eine fixe Ausschüttung eines Mindestbetrags bei der Prämienverbilligung. Bei nicht besetzten Stellen denken wir an den Fachkräftemangel, der zu Verzögerungen in Projekten und Innovationen führt, aber auch zu Versorgungsdefiziten. Das bedroht zusammen mit den steigenden Aufwänden die Erreichung der Legislaturziele und die Umsetzung von Planungsberichten. Jahresergebnisse sind immer auch Messwerte für die ganze Bevölkerung: Sowohl im Gerichtswesen, bei der Staatsanwaltschaft, bei den polizeilichen Leistungen als auch im Justizvollzug fällt auf, dass die Anzahl und die Komplexität der Fälle stark angestiegen sind. Die Cyberkriminalität nimmt zu, der Datenschutz und die Digitalisierung bedürfen weiterer Ressourcen. Auch im Gesundheitswesen ist die langfristige Finanzierung nötig, die Auszahlung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) befindet sich in einem Spannungsfeld. Die langfristige Finanzierung des LUKS und der Lups sowie der Mangel an Fachkräften erhöhen den Druck auf das System. Im Bereich Armut zeigt die Jahresstatistik deutlich: Das Problem der Armut im Alter und der Armut von alleinerziehenden Menschen haben wir noch nicht gelöst. Massnahmen zum Erhalt eines guten Bildungsstandorts Luzern sind dringend zu ergreifen. Kinder mit einem speziellen Förderbedarf müssen durch qualifizierte Lehrpersonen begleitet werden. Im Asyl- und Flüchtlingswesen wird konstant gespart, die Weltlage verändert sich jedoch rasant. Hier gilt es zielführende und passende Integrationsmassnahmen zu stärken. Massnahmen im Bereich Klimawandel, aber auch im öffentlichen Verkehr sind ebenfalls von hoher Wichtigkeit. Laut Regierungsrat soll die Bevölkerung am Erfolg teilhaben: Investitionen sollen nachhaltig und mit Vorsicht geplant werden, so mahnt der Regierungsrat. Abschliessend möchte die SP-Fraktion festhalten: Investitionen sind nachhaltig, wenn sie der breiten Bevölkerung dienen und die Entwicklung des Kantons langfristig positiv beeinflussen. Das fördert auch die Attraktivität für juristische Personen. Nachhaltige Investitionen für die Bevölkerung und die Natur sind für das kommende Budgetjahr und den AFP 2025–2028 dringend einzuplanen und haben erste Priorität. Ich gebe Daniel Piazza recht: Wir alle wissen, dass Steuereinnahmen von juristische Personen sehr unsicher und somit nicht nachhaltig sind und wir eine vorsichtige Finanzplanung brauchen. Aber, geschätzte FDP-Fraktion, wir sind mit unseren Anliegen nicht bei einem «Nice to have», sondern bei einem «Must have». Anders als die Mitte-, die SVP- und die FDP-Fraktion erachten wir aus genau diesem Grund die Steuersenkung, über die wir im September abstimmen werden, als falsche, ja sogar waghalsige Massnahme. Wir unterstützen alle Anträge der PFK zur Nichtabschreibung von Vorstössen und werden uns im Rahmen der Beratung dazu äussern. Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Für die Grüne Fraktion spricht Fabrizio Misticoni.

Fabrizio Misticoni: Bereits zum sechsten Mal in Folge präsentiert die Luzerner Regierung ein Ergebnis, das weit besser als budgetiert ausfällt. Diese Tatsache nehmen wir mit Freude zur Kenntnis. Bezieht man die ausgefallenen, aber im Budget 2023 noch enthaltenen Ausschüttungen der SNB von 160 Millionen Franken mit ein, verrechnete beziehungsweise verschätzte man sich insgesamt sogar um über 300 Millionen Franken. Bei vielen Bereichen und Themen des Jahresberichtes könnte man die Aussagen zum letzten Jahr wiederholen. Erneut wurden Steuereinnahmen zu gering budgetiert, und erneut konnten massgebliche Investitionen nicht wie geplant oder im geplanten Ausmass ausgelöst werden. Erneut muss man zudem konstatieren, dass der Fachkräftemangel für den Kanton eine grosse Herausforderung ist und sein wird, dass Stellen nicht besetzt werden konnten und die Umsetzung von Projekten dadurch verzögert wird. Aus unserer Sicht wurden die Steuereinnahmen erneut zu gering budgetiert. Wir haben natürlich ein gewisses Verständnis für eine vorsichtige Budgetierung von Steuereinnahmen; kein Finanzdirektor will am Ende mit einem Verlust dastehen. Und doch erstaunt uns die wiederholt zu knappe Budgetierung bei Erträgen von juristischen und natürlichen Personen sowie bei Nachträgen des Bundes. In der Rückschau auf die letzten Jahre wurden diese regelmäßig übertroffen. Inzwischen klopfen sich meine Vorrednerinnen und Vorredner auf die Schultern, loben die Steuerstrategie und konstatieren alle, dass dank dieser Strategie die höheren Steuereinnahmen nicht mehr als Einmaleffekte, sondern als nachhaltig bezeichnet werden können. Wir wünschen und erwarten deshalb in Zukunft eine bessere und realistischere Einschätzung der zu erwartenden Einnahmen. Leider wiederholen sich aber nicht nur die positiven Abschlüsse, sondern auch die Aussagen, Herausforderungen und, man muss es leider so klar sagen, teilweise auch Versäumnisse im Jahresbericht. Eine Auswahl davon: Erneut wurden im Bereich Naturgefahren beziehungsweise bei den Revitalisierungen Investitionen in hohem Umfang nicht ausgelöst. Erneut stagniert die Umsetzung des Radroutenkonzepts auf einem ohnehin schon sehr tiefen Niveau; hier fehlt es offensichtlich am konkreten Willen. Auch die bisherige Umsetzung des Planungsberichtes Klima beziehungsweise die nicht ausgelösten Projektmittel lassen sehr zu wünschen übrig. Eine Wiederholung im Jahresbericht aus dem Justiz- und Sicherheitsdepartement stimmt uns sehr nachdenklich, nämlich die exakt gleiche Aussage wie im letzten Jahr: «Im Kanton Luzern besteht die Gefahr, dass sich die organisierte Kriminalität aufgrund eines zu geringen Strafverfolgungsdrucks und der attraktiven geografischen Lage stärker verbreitet. Es ist daher von zentraler Bedeutung, proaktiver gegen die schwere und organisierte Kriminalität vorzugehen, um den Strafverfolgungsdruck aufrechtzuerhalten. Die Strafverfolgungsbehörden (Polizei und Staatsanwaltschaft) sind deshalb im Kampf gegen die organisierte und schwere Kriminalität weiter zu stärken, damit sie ihren Auftrag erfüllen können.» In diesen vier ausgewählten Punkten zeigt sich eines klar: Der alljährliche Jahresbericht ist zwar ein Rückblick, er zwingt uns aber auch zum Ausblick und zum Handeln. Zusammenfassend kann man sagen: Es stehen sehr viele grosse Herausforderungen an, viele haben meine Vorrednerinnen und Vorredner bereits erwähnt, und es liegt an der Regierung, aber auch an uns, diese Herausforderungen mit Blick auf den AFP und die nächsten Jahre anzugehen und zu planen. Nicht zielführend sind dabei pauschale Aussagen im Sinn von «keine Ausgaben mit der Giesskanne» oder «keine Budgetierung auf Vorrat», denn das bedeutet ja im engeren Wortsinn genau die Abwesenheit einer Vision, einer Zukunftsplanung. Ebenso wenig zielführend war und ist die immer noch wie ein Damoklesschwert herabhängende Bemerkung zur Steuerfusssenkung. Aus der Bemerkung wurde eine unterschwellige und teilweise diffuse Debatte; diese Bemerkung gilt aber immer noch, aber ausser der SVP-Fraktion spricht aktuell niemand mehr konkret davon. Vielleicht

war es ja doch nur ein Erziehungsmittel beziehungsweise eine Drohkulisse. Wir sind auf jeden Fall sehr gespannt auf die AFP-Diskussion. Die Grünen fordern eine nachhaltige, transparente und konsequente Finanz- und Investitionspolitik, eine Debatte, die priorisiert, welche Mehrausgaben für die Herausforderungen der Zukunft nötig sind und wie diese beziehungsweise dass diese auch konkret finanziert beziehungsweise im AFP abgebildet werden, aber auch eine Debatte die klar benennt, auf was verzichtet werden muss, denn das genau heisst ja Priorisierung. Diese Transparenz fordern wir ein. Wir brauchen vorausschauende und nachhaltige Investitionen, welche der breiten Bevölkerung dienen und unseren Kanton unter anderem bei der Mobilitätswende, bei den Klimaanpassungen, bei der Biodiversität und beim Thema soziale Gerechtigkeit und soziale Abfederung voranbringen. Wir bedanken uns bei der Regierung und der Verwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Berichtsjahr. Wir bedanken uns insbesondere auch bei der Finanzkontrolle für die akribisch durchgeföhrten Standard- und Schwerpunktprüfungen. Als Kantonsrat sind wir auf eine unabhängige und kompetente Finanzkontrolle als wichtigen Auskunftspartner für unsere Arbeit angewiesen. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu. Ebenso unterstützen wir die Anträge der PFK zur Nichtabschreibung von Postulaten und Motionen.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser.

Claudia Huser: Der sechste positive Abschluss in Folge – das klingt gut, und gut klingt auch, dass die Abschlüsse immer besser ausfallen als budgetiert, das könnte man zumindest meinen. Die GLP-Fraktion anerkennt, dass vorsichtig budgetiert wird, und auch dass die Erhöhung insbesondere bei den juristischen Personen eher volatil ist. Wir anerkennen, dass wir diesen Weg weitergehen müssen. Die GLP-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass die Steuerstrategie, von der wir überzeugt sind und die wir immer mitgetragen haben, funktioniert. Wir sind froh, dass wir mit der beschlossenen Steuergesetzrevision einen weiteren Pflock einschlagen, damit es unserem Kanton auch künftig gut geht und wir nicht den Anschluss verlieren. Trotz allem wünschen wir uns aber eine realistischere Budgetierung. Die SNB-Gelder sind kompensiert, und die leidige Geschichte mit der Budgetierung ist somit definitiv vom Tisch. Die Schuldenbremse wird eingehalten, und wir starten mit einer besseren Situation in die Budgetierung 2025. Erfreulich ist zudem, dass der Kanton auch wirtschaftlich aufholt und die Steuerlast nur noch zu zwei Dritteln von natürlichen Personen getragen wird und die Wirtschaft somit einen höheren Anteil beisteuert. Erfreulich ist auch, dass die Nettoinvestitionen hoch sind. Damit gestalten wir die Zukunft unseres Kantons. Es geht uns finanziell gut, und somit ist dies korrekt. Wir investieren, und zum Glück nicht nur in Strassen, das gilt es weiterzuverfolgen; mit Investitionen meinen wir auch Investitionen in unsere Bevölkerung und unsere Wohlfahrt. Solche nachhaltigen Ausgaben unterstützen wir, sofern es wirklich Investitionen sind. Was uns Sorgen bereitet, ist die Entwicklung beim LUKS sowie bei der Lups und damit einhergehend, was der Kantonsrat an zusätzlichen Leistungen beschlossen hat. Hierbei ist zu beachten, dass es um einen klaren Leistungsausbau geht und dieser von jenen Parteien mitgetragen, ja sogar gefordert wird, die sich im Rat wiederholt und sehr laut gegen einen Leistungsausbau ausgesprochen haben. Wie man sieht, gelten die eigenen Regeln wohl nicht, wenn es um die Befriedigung der eigenen Klientel und Wählerschaft geht. Zurück zur Rechnung: Wir sind nun gespannt, wie es weitergeht, denn Sie haben es gehört, die Ideen und Wünsche gehen weit auseinander. Die GLP-Fraktion geht hier den stringenten Weg: Investitionen in unsere Infrastruktur, in unsere Gesellschaft und für den Umgang mit dem Klimawandel sind notwendig und wichtig, denn wir planen heute die Zukunft, die morgen Realität ist. Aber das heisst auch klar, dass wir finanziell unabhängig bleiben und noch mehr werden wollen; ein Ressourcenindex von 100 muss das klare Ziel sein. Um uns den nötigen Spielraum zu schaffen, sind eine Priorisierung der Ausgaben und ein

Fokus auf Investitionen nötig. Solche Geschichten wie aktuell mit dem Spitalgesetz dürfen sich nicht wiederholen. Die Bevölkerung hat uns gewählt, damit wir den Kanton vorwärtsbringen und nicht Klientenmanagement betreiben. Liebe Regierungsparteien: Sie sind allen voran in der Verantwortung. Die AFP-Beratung steht vor der Tür. Wir bieten Hand für eine nachhaltige Finanzpolitik auf allen Ebenen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu. Den Anträgen der PFK stimmen wir ebenfalls zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich erlaube mir, zu einigen Ihrer Voten kurz Stellung zu nehmen und unsere Position und Haltung dazu aufzuzeigen. Sie dürfen davon ausgehen, dass der sorgfältige Umgang mit den Mitteln auch das Bestreben der Regierung ist. Wir sind aber auch immer mit Entwicklungen konfrontiert, die ein dosiertes und gezieltes Reagieren erfordern. So werden wir es auch zukünftig handhaben und Ihnen im Rahmen der nächsten AFP-Diskussion aufzuzeigen, wie wir uns das vorstellen. Alle Fraktionen haben sich zur Investitionstätigkeit geäussert, und das nicht zum ersten Mal. Wir verstehen das sehr gut. Wir können Ihr Anliegen nachvollziehen und sind bestrebt, dieses so gut wie möglich aufzunehmen und in der Praxis umzusetzen. Die Entwicklung der Investitionszahlen zeigt aber, dass in den vergangenen Jahren bereits einiges umgesetzt wurde. Wir versuchen nach wie vor, einen guten Weg zu finden, und sind auch aufgrund der verschiedenen Interessen der Departemente bestrebt, die erforderlichen Investitionen zu tätigen. Ich bitte Sie aber auch zur Kenntnis zu nehmen, dass die Investitionen von heute die Abschreibungen von morgen sind und sich in der Erfolgsrechnung niederschlagen. Zur Beteiligungsstrategie: Die Regierung hat im Rahmen der Beteiligungsstrategie klar zum Ausdruck gebracht, dass sie das Anliegen Ihres Rates sehr ernst nimmt, aber klar die Haltung vertritt, dass die Umsetzung bei Neu- oder Ersatzwahlen erfolgen soll. Wir vollziehen jedoch keine Abwahlen. Das führt zwangsläufig dazu, dass die Umsetzung des Anliegens der Geschlechtervertretung nicht von heute auf morgen komplett revidiert werden kann. Ich denke aber, dass wir uns diesbezüglich am einen oder anderen Ort auf einem guten Weg befinden. Zum Thema mangelnde Leistungen: Das kann man natürlich so sehen, und ich habe auch Verständnis dafür. Aber diese Diskussion führen wir im Rahmen der AFP-Beratung. Dort geht es darum, die nötigen Beträge festzusetzen, was uns klar ermöglicht, diese Leistungen auch zu finanzieren. Gemäss Ihren Voten wird der Planungsbericht Klima nicht genügend umgesetzt. Hier fehlt es nicht an den Mitteln, sondern an den Fachkräften. Es ist nicht unser Ziel, Stellen nicht zu besetzen, um Mittel einzusparen, sondern wir sind leider der allgemeinen Situation ausgesetzt. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Wir investieren viel in die Personalbeschaffung und arbeiten auch erfolgreich mit neuen Instrumenten, aber leider gelingt es uns nicht, alle Stellen in der gewünschten Zeit wieder zu besetzen. Zur Budgetierung der Einnahmen, konkret der Steuern: Ich habe verschiedentlich ausgeführt, dass die juristischen Personen einer grösseren Volatilität ausgesetzt sind als die natürlichen Personen. Die in diesem Bereich jährlich zusätzlich eingesetzten Mittel zeigen aber, dass es sich um ein beachtliches Wachstum handelt. Ich kann mich nicht erinnern, dass Ihr Rat anlässlich der letzten Debatte einen entsprechenden Antrag gestellt hat. Ich glaube, dass es für Ihren und unseren Rat nicht ganz einfach ist, diese Entwicklung einzuschätzen. Sie können mir aber glauben, dass wir eine realistische Planung anstreben. Zur Nichtabschreibung der vier Vorstösse: Die Regierung opponiert den Anträgen der PFK nicht. Im Übrigen halten wir jedoch an der Abschreibung der Vorstösse fest.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die

Genehmigung des Jahresberichtes 2023, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 108 zu 0 Stimmen zu.